

## in Arbeit: Politische Partizipation von Zugewanderten und ihren Nachkommen in Vorarlberg

Aktuelle Forschungsergebnisse zu Vorarlberg und Praxisbeispiele aus anderen Ländern, wie mehr politische Partizipation von Zugewanderten proaktiv gefördert werden kann

### Editorial

Politische Partizipation ist eine wichtige Voraussetzung für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe. Die Mitgestaltung der verschiedenen Teile der Bevölkerung in möglichst vielen gesellschaftlichen Bereichen, auch im politischen, gilt als Ausdruck von Gerechtigkeit und als Qualitätsmerkmal einer gut funktionierenden Demokratie. Daher ist auch das politische Engagement von Zugewanderten und ihren Nachkommen von demokratiepolitischem Interesse. „okay.zusammen leben“ interessiert sich in seinem Monitoring von Integrationsprozessen besonders für die politische Mitgestaltung von Zugewanderten und ihren Nachkommen in den gewählten politischen Gremien unserer Demokratie. Diese Form des politischen Engagements ist auch von hoher integrationspolitischer Bedeutung. Denn wenn Migrant\*innen für politische Ämter kandidieren und in diese gelangen, kann dies als Indikator für stattfindende gesellschaftliche Anerkennungsprozesse und für die stärkere Öffnung von Institutionen gelten.

Die erste Publikation, die im Rahmen dieses Monitorings erschienen ist, befasste sich mit der Landtagswahl 2019, der Arbeiterkammerwahl im selben Jahr und den Gemeindewahlen im darauffolgenden Jahr 2020. Damals haben wir erstmals für Vorarlberg quantitativ untersucht, inwiefern sich Zugewanderte und ihre Nachkommen für politische Ämter bewerben und in diese gelangen.<sup>1</sup> In diesem Newsletter stellen wir Ihnen die zweite Publikation dieses Monitorings vor, die sich auf die Landtagswahl 2024 bezieht. Diese aktuelle Studie macht sichtbar, inwieweit sich die migrationsbedingte Diversität der Vorarlberger Bevölkerung unter den Kandidierenden für ein Landtagsmandat widerspiegelt und wie es derzeit um die Diversität im Vorarlberger Landtag bestellt ist. Weil wir damit Daten von zwei Landtagswahlen (2019 und 2024) im Detail auswerten, können wir jetzt auch aufzeigen, wie sich diese Form des politischen Engagements von Menschen mit Migrationsgeschichte auf Landesebene in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Die zentralen Ergebnisse dieser Analyse stellen wir Ihnen in diesem Newsletter vor.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns in diesem Newsletter wie auch in der neuen Publikation mit Praxisbeispielen zur Förderung der politischen Partizipation unterrepräsentierter Teile der Bevölkerung: Das Programm „[Diversify](#)“ der „Deutschlandstiftung Integration“ fördert seit einigen Jahren gezielt das politische Engagement junger Menschen aus benachteiligten Gruppen der Bevölkerung; darunter sind auch junge Personen mit Migrationshintergrund. Die Projektleiterin Yonca Dege war am 8. Juni in Vorarlberg, um das Programm bei einer Veranstaltung von „okay.zusammen leben“ vorzustellen. Bei dieser Veranstaltung haben wir zudem mit der Sozialwissenschaftlerin Eva Häfele darüber gesprochen, welche Maßnahmen in Vorarlberg in den vergangenen 25 Jahren umgesetzt wurden, um die Repräsentation von Frauen in politischen Gremien zu stärken. Die Erkenntnisse aus diesen unterschiedlichen Zugängen und Erfahrungen sollen eine Inspiration sein, um die politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte in Vorarlberg weiter zu stärken.

#### **Die Inhalte dieses Newsletters:**

- Neue Forschungsergebnisse: Zugewanderte und ihre Nachkommen als Kandidierende und Mandatar\*innen im Vorarlberger Landtag
- Praxisbeispiele zur Stärkung der politischen Partizipation unterrepräsentierter Gruppen:
  - o Programm „Diversify“ der „Deutschlandstiftung Integration“
  - o Erfahrungen aus 25 Jahren Förderung der politischen Partizipation von Frauen in Vorarlberg
- Empfehlungen von „okay.zusammen leben“

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre! Für Präsentationen unserer Forschung, Fragen sowie eine Debatte zu unseren Positionen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

okay.zusammen leben/Projektstelle für Zuwanderung und Integration

---

1 Ein kompakter Überblick über die Erkenntnisse zu diesen Wahlen findet sich [hier](#).

## Zugewanderte und ihre Nachkommen als Kandidierende und Mandatar\*innen im Vorarlberger Landtag

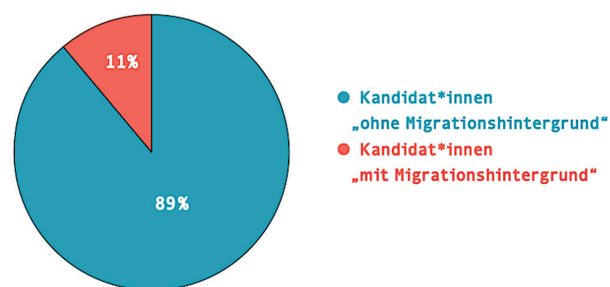
Bei der Landtagswahl im Oktober 2024 kandidierten insgesamt 390 Personen auf neun Listen. Die Daten, die das Land Vorarlberg als Wahlbehörde zu diesen Kandidierenden gesammelt hat, wurden genutzt, um den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund unter den Kandidat\*innen zu untersuchen. Dafür wurden einerseits die Angaben zum Geburtsort verwendet. Dadurch können wir die erste Generation an Zugewanderten nach Vorarlberg gesamthaft sichtbar machen. Andererseits wurden mithilfe eines Verfahrens aus der Namensforschung Personen mit türkischem, bosnischem, kroatischem oder serbischem Nachnamen unter den Kandidierenden identifiziert. Damit können wir zumindest aus diesen Ländern auch Nachkommen von Zugewanderten in der Analyse berücksichtigen. Wir erhalten in der Analyse also eine größere historische Tiefe. Menschen aus diesen Ländern haben die Zuwanderung nach Vorarlberg ab den 1960er-Jahren im Zuge der Gastarbeiter\*innenmigration und der Fluchtmigration (in den 1990er-Jahren) auch quantitativ maßgeblich geprägt. Sie machen heute einen beträchtlichen Teil der Menschen mit Migrationshintergrund in Vorarlberg aus.<sup>2</sup>

### Kandidierende mit Migrationshintergrund

Von den 390 Kandidat\*innen der Landtagswahl hatten 44 Personen einen Geburtsort im Ausland und/oder einen Nachnamen, der auf familiäre Wurzeln in der Türkei oder den Gebieten des heutigen Bosniens, Serbiens oder Kroatiens hinwies. Das entsprach einem Anteil von 11 %. 24 dieser 44 Personen (55 %) wurden im Ausland geboren und wanderten somit im Laufe ihres Lebens nach Vorarlberg zu (die erste Generation). 20 dieser 44 Personen (45 %) wurden in Österreich geboren und ihre Familiennamen deuteten darauf hin, dass sie einen familiären Bezug zur Türkei bzw. zum heutigen Bosnien, Serbien oder Kroatien hatten (die zweite und eventuell auch die dritte Generation).

Bei der vorangegangenen Landtagswahl im Jahr 2019 hatten 6 % der Kandidat\*innen einen Migrationshintergrund. Ihr Anteil hat sich somit bei der Wahl im Jahr 2024 mit 11 % in etwa verdoppelt.

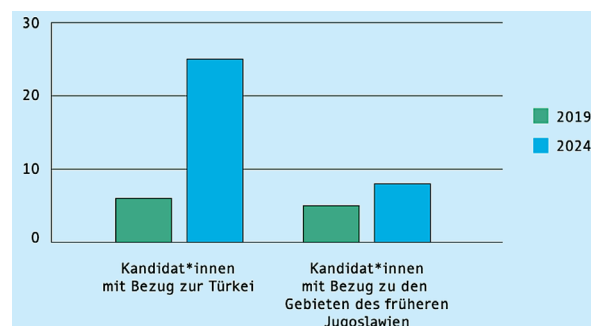
Abbildung 1: Kandidat\*innen der Landtagswahl 2024 nach Migrationshintergrund



### Kandidierende mit Bezug zur Türkei oder zum früheren Jugoslawien

Der gestiegene Anteil an Kandidierenden mit Migrationshintergrund bei den Vorarlberger Landtagswahlen von 2019 auf 2024 ist größtenteils auf eine gestiegene Zahl an Kandidat\*innen mit Bezug zur Türkei zurückzuführen. Von den 390 Kandidat\*innen bei der Wahl 2024 hatten 25 Personen über den Geburtsort und/oder den Familiennamen einen Bezug zur Türkei. Das entsprach einem Anteil von 6 % der Kandidat\*innen und einer Vervierfachung im Vergleich zur Wahl 2019. Aber auch die Anzahl bzw. der Anteil der Kandidat\*innen mit Bezug zu den Gebieten des früheren Jugoslawien ist leicht gestiegen: Acht der insgesamt 390 Kandidat\*innen der Wahl 2024 hatten über ihren Geburtsort und/oder ihren Familiennamen einen Bezug zu den Gebieten des früheren Jugoslawien. Das entsprach einem Anteil von 2 % der Kandidat\*innen und einer Steigerung von etwa 50 % im Vergleich zur Wahl 2019.

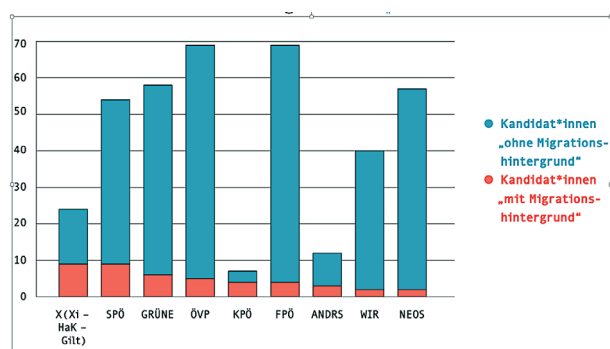
Abbildung 2: Anzahl der Kandidat\*innen mit Bezug zur Türkei und zu den Gebieten des früheren Jugoslawien, Landtagswahlen 2019 und 2024



## Kandidierende mit Migrationshintergrund nach Listen

Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund – also Personen mit einem Geburtsort im Ausland und/ oder einem Familiennamen, der auf eine Herkunft in der Türkei, Bosnien, Kroatien oder Serbien hindeutete – waren auf allen wahlwerbenden Listen zu finden: jeweils neun Personen mit Migrationshintergrund bei X und bei der SPÖ, sechs Personen bei den GRÜNEN, fünf bei der ÖVP, jeweils vier bei der KPÖ und der FPÖ, drei bei ANDRS und jeweils zwei bei WIR und NEOS.

Abbildung 3: Anzahl der Kandidat\*innen mit bzw. ohne Migrationshintergrund nach wahlwerbenden Listen, Landtagswahl 2024



Bei jenen Parteien bzw. Listen, die bei den Wahlen 2019 und 2024 antraten, kann die Entwicklung des Anteils der Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund untersucht werden:

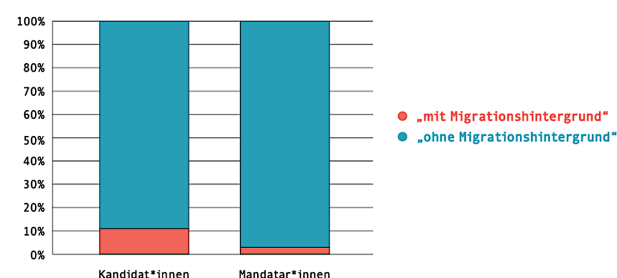
- Gestiegen ist der Anteil der Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund bei der SPÖ (von 9 % auf 17 %), der ÖVP (von 3 % auf 7 %), der FPÖ (von 4 % auf 6 %) und bei WIR (von 3 % auf 5 %).
- Gleich geblieben ist der Anteil der Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund bei den GRÜNEN (ca. 10,5 %).
- Gesunken ist der Anteil der Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund bei den NEOS (von 5 % auf 4 %).
- HaK, Xi und GILT kandidierten im Jahr 2019 als einzelne Listen: damals mit insgesamt drei Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund. Auf ihrer gemeinsamen Liste X standen im Jahr 2024 deutlich mehr Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund (neun Personen).

Die gestiegene Anzahl bzw. der gestiegene Anteil an Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund bei der Wahl 2024 lässt sich somit nicht auf einzelne wahlwerbende Gruppen zurückführen. Auf beinahe allen Listen waren im Jahr 2024 Personen mit Migrationshintergrund stärker vertreten als fünf Jahre zuvor.

## Mandatar\*innen mit Migrationshintergrund

Nach beiden in diesem Beitrag betrachteten Wahlen hatte jeweils eine Person im Vorarlberger Landtag einen Migrationshintergrund (das entspricht 3 % der insgesamt 36 Abgeordneten). Nach der Wahl 2019 handelte es sich um eine Mandatarin der GRÜNEN, nach der Wahl 2024 um einen Mandatar der ÖVP. Beide Male war es eine Person mit Bezug zur Türkei. Die Anzahl der Abgeordneten mit Migrationshintergrund blieb somit von der letzten auf die derzeitige Legislaturperiode unverändert und war mit 3 % deutlich niedriger als der Anteil der Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund, der bei der Wahl 2019 6 % betrug und bei der Wahl 2024 11 %. In der aktuellen Legislaturperiode leitete eine Person mit Migrationshintergrund erstmals einen Ausschuss.

Abbildung 4: Kandidat\*innen und Mandatar\*innen mit bzw. ohne Migrationshintergrund, Landtagswahl 2024



Die Ergebnisse dieser Analyse können im Detail [hier](#) nachgelesen werden.

2 Laut einer Hochrechnung von August Gächter für „okay. zusammen leben“, die auf der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung beruht, hatten im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2022 etwa 10 % der Vorarlberger Bevölkerung einen Bezug zur Türkei und weitere 6 % einen Bezug zu den Gebieten des früheren Jugoslawiens (ohne Slowenien). Das heißt, diese Personen besitzen die Staatsangehörigkeit eines dieser Staaten, wurden dort geboren oder hatten mindestens einen dort geborenen Elternteil.

## Politisches Engagement junger Menschen mit Migrationshintergrund fördern: Das Programm „Diversify“ der „Deutschlandstiftung Integration“

In zahlreichen europäischen Ländern existieren Programme, die darauf abzielen, die politische Teilhabe von Bevölkerungsgruppen zu fördern, welche in der Politik bislang unterrepräsentiert sind. In den vergangenen Jahrzehnten lag dabei ein Schwerpunkt auf der Erhöhung des Frauenanteils. In dieser Tradition stehen jüngere Programme, die sich die Erhöhung von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Politik zum Ziel setzen. Das Programm „Diversify“ der „Deutschlandstiftung Integration“ fördert seit einigen Jahren die politische Partizipation von benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere von Personen mit Migrationshintergrund. Zielgruppe sind junge Menschen von 15 bis 35 Jahren. Diese können im Rahmen eines Mentoringprogramms von erfahrenen Politiker\*innen Unterstützung bei der Ausbildungs- und Karriereplanung erhalten oder im Rahmen eines zweimonatigen Hospitationsprogramms Einblick in den politischen Alltag bekommen. Fixe Bestandteile des Mentoring- und Hospitationsprogramms sind auch Trainings und Workshops, in denen rhetorische Fähigkeiten, Networking-Skills u. Ä. erweitert werden. Darüber hinaus bietet das Programm „Diversify“ auch für Schüler\*innen Formate an, die ihnen erste Einblicke in den politischen Alltag verschaffen.

Eine qualitative Fallstudie der OECD zum Programm „Diversify“ kam zu dem Ergebnis, dass die Teilnehmenden mit zahlreichen Hürden bei der Verwirklichung ihres politischen Engagements konfrontiert sind. Darunter sind beispielsweise

stark beschränkte zeitliche Ressourcen, um sich neben Ausbildung und Berufstätigkeit ehrenamtlich politisch einzubringen, fehlende Unterstützung im familiären Umfeld (z. B. aufgrund negativer Erfahrungen mit politischem Engagement im Herkunftsland), und Schwierigkeiten beim „Andocken“ an Parteien. Neben den Möglichkeiten, die ihnen die Hospitationen und das Mentoring eröffnen, schätzen die Programmteilnehmer\*innen an „Diversify“ insbesondere den Austausch untereinander und die gegenseitige Stärkung, die sie im Rahmen von Trainings und Austauschveranstaltungen erleben.

Laut der Projektleiterin Yonca Dege war „Diversify“ in den vergangenen Jahren erfolgreich darin, junge Menschen auf ihrem Weg in die Politik zu unterstützen. Zahlreiche Teilnehmer\*innen von „Diversify“ haben in den letzten Jahren für Ämter auf kommunaler Ebene kandidiert, vereinzelt auch auf Landes- und Bundesebene bzw. für das Europäische Parlament. Einige waren mit ihren Kandidaturen erfolgreich und sind in Städten und Gemeinden in politische Funktionen gelangt. Andere haben parteiinterne Führungsaufgaben übernommen (bspw. in Parteijugendorganisationen).

Die Präsentation von Yonca Dege bei der Veranstaltung von „okay.zusammen leben“ am 8. Juni im Vorarlberg Museum finden Sie [hier](#). Weitere Informationen zum Programm „Diversify“:

<https://diversify.jetzt>

## Aus den Erfahrungen bei der Förderung der politischen Partizipation von Frauen lernen: Welchen Weg ging Vorarlberg?

Auch in Vorarlberg wurden in den vergangenen Jahrzehnten Erfahrungen damit gesammelt, die politische Beteiligung einer in der Politik unterrepräsentierten Gruppe zu fördern, nämlich der Frauen. Ab der Jahrtausendwende hat das damalige Referat für Frauen und Gleichstellung im Amt der Vorarlberger Landesregierung diese Aktivitäten vorangetrieben.<sup>3</sup> Die Entwicklung der Zahl der Frauen im Vorarlberger Landtag und in den Gemeindevertretungen legt nahe, dass diese Förderung mit dazu beitrug, die Zahl der Frauen

in diesen politischen Gremien zu erhöhen. Der Frauenanteil in den Gemeindevertretungen lag 1985 bei 5 % und ist mit den Gemeindewahlen 2025 auf 30 % gestiegen; im Vorarlberger Landtag sind derzeit 50 % der Abgeordneten weiblich.<sup>4</sup> Daher hat uns Eva Häfele – die die Aktivitäten des Referats für Frauen und Gleichstellung über viele Jahre sozialwissenschaftlich begleitet hat – bei der Veranstaltung am 8. Juni einen Einblick in die verschiedenen umgesetzten Aktivitäten gegeben:

- Anfang der 2000er-Jahre unterstützten erfahrene Gemeindepolitikerinnen im Rahmen eines Mentoringprogramms politisch noch weniger erfahrene Mentees für die Dauer von ein bis zwei Jahren. Ziel des Mentoringprogramms war es, Frauen für eine Kandidatur bei den Gemeindewahlen 2005 zu motivieren und sie zu stärken. Damals entstand auch ein [Leitfaden](#) für das Mentoring von Frauen in der Politik (in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle für Chancengleichheit des Fürstentums Liechtenstein).
- In dieser Zeit wurde auch der Politiklehrgang für Frauen „Fit für die Politik“ entwickelt, der seit 2003 gemeinsam mit dem Fürstentum Liechtenstein umgesetzt wird. Den Lehrgang haben seither etwa 430 Frauen absolviert. Zahlreiche von ihnen sind heute auf kommunaler Ebene bzw. auf Landesebene politisch aktiv. Der Lehrgang wird inzwischen unter dem Titel [„mitentscheiden – mitgestalten“](#) angeboten. Der nächste Durchgang startet im Herbst 2026 (Anmeldungen sind ab dem 22. Juni bei [Schloss Hofen](#) möglich).
- Darüber hinaus wurden über das Frauennetzwerk Vorarlberg zahlreiche Aktivitäten gesetzt, um Frauen insbesondere an die Gemeindepolitik heranzuführen. Im Vorfeld der Gemeindevertretungswahlen 2015 wurde bspw. das Projekt „Frauen gestalten die Gemeinde“ umgesetzt, das Frauen dazu motivieren sollte, sich in der Kommunalpolitik zu engagieren. In den beiden Jahren vor der Wahl wurden dafür aktivierende Veranstaltungen und Workshops veranstaltet (Themen der Workshops: Grundregeln der Gemeindepolitik, Rhetorik und Kommunikation, Methoden für Beteiligungsprozesse im politischen System).
- Das [EU-Projekt „betrifft:frauen entscheiden“](#) bot schließlich von 2015 bis 2017 die Möglichkeit, den Austausch mit dem Kanton Graubünden und dem Fürstentum Liechtenstein zu intensivieren. Das Projekt förderte unter anderem die Bewusstseinsbildung und die Sensibilisierung für die Vertretung von Frauen in Führungs- und Entscheidungspositionen. Zudem wurden ein Minipolitiklehrgang für Mädchen und ein Mädchenparlament im Rahmen des Projekts durchgeführt.
- Die verschiedenen Aktivitäten zur Stärkung der politischen Repräsentation von Frauen in Vorarlberg wurden wissenschaftlich begleitet, um die Wirkung der Maßnahmen zu bewerten und zukünftige Schwerpunkte abzuleiten.

Die entwickelten Zugänge und gewonnenen Erfahrungen können als Impulse dienen, um die politische Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte in Vorarlberg weiter zu stärken.

3 Heute: Funktionsbereich Frauen und Gleichstellung in der Abteilung Elementarpädagogik, Schule und Gesellschaft im Amt der Vorarlberger Landesregierung

4 Quellen: Soursos, N. (2023). Platziert: Vorarlberger Politikerinnen im Gespräch (wortart, Hrsg.); Amt der Vorarlberger Landesregierung, Abteilung Regierungsdienste, Landesstelle für Statistik (Hrsg.). (2025). Die Gemeindevertretungs- und Bürgermeisterwahlen vom 16. März 2025. <https://vorarlberg.at/documents/302033/472473/Gemeindevertretungs-+und+B%C3%BCrgermeister-wahl+16.+M%C3%A4rz+2025.pdf/af9ca2d8-e014-64a3-d524-ebb90a2cd956?t=1751876388597>; Vorarlberger Landtag (Hrsg.). (o. D.). Alle Landtagsabgeordneten. <https://vorarlberg.at/web/landtag/abgeordnete-alle>.

## Empfehlungen von „okay.zusammen leben“

Die zweite Publikation des Monitorings zur politischen Partizipation von Zugewanderten und ihren Nachkommen in Vorarlberg verdeutlicht, dass sich bei der gesellschaftlichen Mitgestaltung von Migrant\*innen in gewählten Gremien einiges bewegt. Ein zentraler Befund der aktuellen Analyse ist, dass die Anzahl der Kandidat\*innen mit Migrationshintergrund und auch ihr Anteil

von der Landtagswahl 2019 zur Landtagswahl 2024 deutlich gestiegen sind, nämlich von 23 auf 44 Personen bzw. von 6 % auf 11 %. Das entspricht beinahe einer Verdoppelung. Diese zunehmende Diversität unter den Kandidierenden sollte sich künftig allerdings auch stärker in der Zusammensetzung der Landtagsabgeordneten widerspiegeln. Denn nach der Landtagswahl 2024

war genauso wie nach der Landtagswahl 2019 nur eine Person mit Migrationshintergrund im Landtag vertreten. Das entsprach 3 % der Abgeordneten.

Die weitere Stärkung der politischen Beteiligung von Migrant\*innen erfordert einerseits das Teilnahmeinteresse von Zugewanderten bzw. ihren Nachkommen sowie die dafür nötigen Fertigkeiten. Die in diesem Newsletter vorgestellten Praxisbeispiele setzen bei diesen Punkten an. Sie unterstützen Interessierte mit Wissen, Fähigkeiten und vor allem Netzwerken, die für erfolgreiches politisches Engagement wesentlich sind. Solche Zugänge könnten in Vorarlberg stärker als bisher genutzt werden, um Menschen mit Migrationshintergrund für die Politik zu gewinnen. Ein konkretes Beispiel auf lokaler Ebene ist das EU-Projekt [„Empowering Migrant Voices for Local Integration and Inclusion“](#). In dessen Rahmen werden in der Marktgemeinde Lustenau Trainings und Workshops für Migrant\*innen angeboten. Außerdem wurde mit dem „Beirat für Vielfalt und Zusammenleben“ eine neue Möglichkeit der Beteiligung an der Kommunalpolitik für Drittstaatsangehörige geschaffen.

Andererseits haben politische Parteien eine Schlüsselfunktion, wenn es darum geht, politisch interessierten Menschen mit Migrationshintergrund einen Platz für ihr Engagement in etablierten Strukturen zu bieten. Sie können Menschen gezielt ansprechen und zur Mitarbeit einladen sowie parteiintern die dafür nötigen Öffnungsprozesse vorantreiben und diese demo-

kratie- und gesellschaftspolitisch begründen. Aus der Geschichte der Frauenpolitik sowie aus Rückmeldungen von Migrant\*innen, die bereits politisch aktiv sind, wissen wir, dass proaktive Einladungen und Ermutigungen wichtig sind, um Mitglieder unterrepräsentierter Bevölkerungsgruppen für die politische Arbeit zu gewinnen. Wenn nur wenige Mitglieder ihrer Gruppe vertreten sind, geht das mit erhöhten Selbstzweifeln einzelner einher, der Aufgabe gewachsen zu sein. Potenziell wird Einzelnen solcher Gruppen von den anderen, die bereits repräsentiert sind, auch weniger zugetraut. Auch wenn eine Gruppe verstärkt Diskriminierungserfahrungen ausgesetzt ist – und Menschen mit Migrationsgeschichte sind das –, kann das ein Faktor sein, der Menschen zögern lässt, sich politisches Engagement zuzutrauen bzw. zuzumuten. Auf all diese Faktoren können Parteien und ihre Akteur\*innen einwirken und so dazu beitragen, auf gesellschaftliche Weiterentwicklungen inklusiv und nicht abschottend zu reagieren.

Damit Zugewanderte bzw. ihre Nachkommen künftig verstärkt in gewählten Ämtern mitgestalten können, muss sich ihr Engagement bei Wahlen auch stärker als bisher in der Platzierung auf den Listen der etablierten Parteien widerspiegeln. Zwar ist ein Einzug ins Landesparlament grundsätzlich auch über Vorzugsstimmen möglich, doch stellt die Kandidatur auf einem aussichtsreichen Listenplatz den wahrscheinlicheren Weg zu einer politischen Funktion dar.

#### Impressum:

okay.zusammen leben  
Projektstelle für Zuwanderung und Integration  
Färbergasse 15E, A-6850 Dornbirn  
Tel +43/5572/398102  
E-Mail: [office@okay-line.at](mailto:office@okay-line.at)  
[www.okay-line.at](http://www.okay-line.at)

Projektträger: Verein Aktion Mitarbeit, ZVR-Nr.: 142483657

„okay-news. Integration in Vorarlberg“ ist ein unregelmäßig erscheinendes Informationsmedium der Projektstelle „okay.zusammen leben“.

[okay.zusammen leben](#) ist der programmatische Titel der Stelle für Zuwanderung und Integration in Vorarlberg. Wir führen einen Wissens- und Kompetenzort zum Thema, schaffen Rahmen für einen Wissens- und Erfahrungstransfer innerhalb des Landes und darüber hinaus und entwickeln mit anderen Akteuren im Land konkrete Integrationsprojekte.

Produktion und inhaltliche Verantwortung: „okay.zusammen leben“ / Projektstelle für Zuwanderung und Integration (Rechtsträger: Verein Aktion Mitarbeit),  
Redaktion: Eva Grabherr, [eva.grabherr@okay-line.at](mailto:eva.grabherr@okay-line.at); Caroline Manahl, [cm@sozialforschungsbuero.at](mailto:cm@sozialforschungsbuero.at)

#### Datenschutz

Sie erhalten diese Information, weil wir Ihre E-Mail-Adresse als Interessent\*in für den Bereich Integration in unserer Datenbank gespeichert haben. Ihre Daten werden nur zum Zweck der Information über die Aktivitäten und Initiativen im Bereich Integration verarbeitet. Ihre Daten werden von uns an keine andere Organisation weitergegeben. Sie haben jederzeit das Recht auf Auskunft über die Daten, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung der Daten sowie ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung der Daten und das Recht auf Datenübertragbarkeit. Sie haben das Recht Ihre gegebene Einwilligung jederzeit per [office@okay-line.at](mailto:office@okay-line.at) zu widerrufen. Sie haben das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde.